

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/20009 –

Wasserstoffprojekte und Wasserstoffstrategie der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten

Vorbemerkung der Fragesteller

Wasserstoff (H₂) wird durch die Bundesregierung als Schlüsselement für die Energiewende verstanden. Für den langfristigen Erfolg der Energiewende und für den Klimaschutz braucht es daher Alternativen zu fossilen Energieträgern. Wasserstoff soll dabei als vielfältig einsetzbarer Energieträger eine Schlüsselrolle einnehmen. Denn er ermöglicht es, mit Hilfe erneuerbarer Energien die CO₂-Emissionen vor allem in Industrie und Verkehr deutlich zu verringern (<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/wasserstoff.html>).

Auch die Nationale Wasserstoffstrategie soll nach Willen der Bundesregierung einen verlässlichen Rahmen schaffen, der Innovationen und Investitionen stärkt und damit Wachstum und Arbeitsplätze in einem nachhaltigen Energie- und Wirtschaftssystem unterstützt (<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/wasserstoff.html>).

Presseberichten zufolge ist die Bundesregierung mit mehreren Projekten in Bezug auf die H₂-Produktion in Afrika aktiv (<https://www.bmbf.de/de/die-zukunft-gehört-allein-dem-grünen-wasserstoff-10851.html> sowie <https://www.bmbf.de/de/karliczek-wasserstoff-partnerschaft-mit-afrika-geplant-10882.html> und <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/11944394-marokko-bundesregierung-plant-import-wasserstoff-marokko>).

1. Welche Projekte bzw. Maßnahmen zur Produktion von H₂ werden zum derzeitigen Zeitpunkt durch die Bundesregierung in afrikanischen Staaten finanziert (bitte nach Bundesministerium, Partnerland, Projekt, Finanzierung- bzw. Investitionsvolumen aufschlüsseln)?
2. Welche Projekte bzw. Maßnahmen zur Produktion von H₂ sind zum derzeitigen Zeitpunkt durch die Bundesregierung in afrikanischen Staaten geplant (bitte nach Bundesministerium, Partnerland, Projekt, Finanzierung- bzw. Investitionsvolumen aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 1. Juni 2020 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Derzeit werden durch die Bundesregierung keine Projekte bzw. Maßnahmen zur Produktion von Wasserstoff in afrikanischen Staaten finanziert. In Planung befindet sich unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Referenzanlage zur Produktion grünen Wasserstoffs in Marokko. Der Umfang eines möglichen Finanzierungsbeitrages des Bundes wird derzeit noch geprüft. Im Rahmen eines Vorhabens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit über die Internationale Klimaschutzinitiative sollen u. a. Südafrika und Marokko bei der Untersuchung der technischen und finanziellen Machbarkeit der Herstellung sowie der Entwicklung von Strategien zur nachhaltigen Nutzung von aus grünem Wasserstoff hergestellten Folgeprodukten (PtX) unterstützt werden. In einem weiteren Schritt soll die Machbarkeit einer Pilotanlage zu Demonstrationszwecken für Power-to-X-Produkte in Marokko gemeinsam mit den Partnern vor Ort analysiert und deren Errichtung unterstützt werden.

3. Nach welchen Kriterien werden durch die Bundesregierung Partnerländer in Afrika verifiziert, die für eine Zusammenarbeit bei der Herstellung sowie beim Export von H₂ nach Deutschland zur derzeitigen und zukünftigen Zeit infrage kommen?

Um für den Import von Wasserstoff die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, werden diese mit den Partnerländern im Rahmen bestehender und neuer Energiepartnerschaften thematisieren. Daneben setzt sich die Bundesregierung dafür ein, auch auf Ebene der EU eine internationale Kooperationsplattform zu Wasserstoff zu etablieren, über die ein Austausch mit anderen Export- und Importländern stattfinden soll. Zur Identifikation geeigneter Partnerländer in Afrika werden neben energie- und außenwirtschaftlichen insbesondere auch umwelt- und entwicklungspolitische Kriterien bewertet werden.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, sich bei der nationalen Energieversorgung gegebenenfalls in Teilen von instabilen Staaten abhängig (<https://www.bmbf.de/de/die-zukunft-gehört-allein-dem-grünen-wasserstoff-10851.html>) zu machen?

Im Rahmen der in der Antwort zu Frage 3 genannten Kriterien widmet die Bundesregierung Aspekten der Versorgungssicherheit große Aufmerksamkeit. Um in der Zukunft eine Versorgung mit Wasserstoff sicherzustellen, ist die Erschließung globaler Märkte von großer Bedeutung, weshalb die Bundesregierung internationale Kooperation und Partnerschaften mit einer Vielzahl von strategischen Ländern auch im Hinblick auf eine Diversifizierung der Importe ausbaut.

5. Unter welchen Voraussetzungen könnte nach Ansicht der Bundesregierung eine inländische H₂-Produktion in industriellem Maßstab rentabel sein?

Die Wirtschaftlichkeit der inländischen Produktion von Wasserstoff hängt von diversen Faktoren ab. Hierzu gehören insbesondere die Entwicklung der inländischen, europäischen und globalen Nachfrage nach Wasserstoff sowie die Entwicklung der Kosten für die Produktion von Wasserstoff in Deutschland im Vergleich zu einer Herstellung von Wasserstoff in anderen Ländern. Ferner beeinflussen die Kosten für den Transport von Wasserstoff die Wirtschaftlichkeit der inländischen Produktion von Wasserstoff. Darüber hinaus hängt die Wirtschaftlichkeit der Wasserstoffproduktion wesentlich von den regulatorischen Rahmenbedingungen ab.

6. Wie ist der Planungsstand zum „Potenzialatlas“, der die besten Standorte für eine H₂-Produktion in Afrika evaluieren soll, welcher in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und WAS-CAL (West African Science Center on Climate Change and Adapted Land Use) Presseberichten zufolge gemeinsam erstellt werden soll (<https://www.bmbf.de/de/karliczek-wasserstoff-partnerschaft-mit-afrika-geplant-10882.html>)?

Das Verbundvorhaben „H₂-Atlas Africa: Potentialatlas Grüner Wasserstoff in Afrika“ hat zum 1. Januar 2020 seine Arbeit aufgenommen. Ziel ist eine wissenschaftsbasierte Standortanalyse zu Erzeugung, Transport sowie Weiterverarbeitung von grünem Wasserstoff für die 31 ECOWAS- und SADC-Staaten. Erste Ergebnisse für das westliche Afrika werden Ende 2020 erwartet. Der Atlas soll nach ursprünglicher Planung für beide Fokusregionen Ende 2021 fertig gestellt sein.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Herstellung, die Lagerung und den Transport des produzierten H₂ unter Berücksichtigung der infrastrukturellen Situation und der sicherheitspolitischen Lage der betreffenden afrikanischen Staaten?

Im Rahmen der in der Antwort zu Frage 3 genannten Kriterien widmet die Bundesregierung Herstellungs-, Transport- und Lagerungsaspekten große Aufmerksamkeit. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

8. Besteht nach Ansicht der Bundesregierung die Gefahr, dass der Aufbau einer H₂-Produktions-, Lagerungs- und Vertriebsstruktur in Afrika Ziel terroristischer Aktivitäten sein könnte (vgl. Verweis auf politisch instabile Lage auf <https://www.bmbf.de/de/die-zukunft-gehört-allein-dem-grünen-wasserstoff-10851.html> sowie <https://www.tagesspiegel.de/politik/terrorismus-al-qaida-plant-anschläge-auf-wichtige-infrastrukturen-/7957552.html>) und dadurch als Druckmittel auch gegen die Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden könnte?

Die Antwort auf die Frage kann im Hinblick auf das Staatswohl nicht offen erfolgen. Eine zur Veröffentlichung bestimmte Antwort würde einem nicht eingrenzbaren Personenkreis nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der deutschen Nachrichtendienste ermöglichen. Eine Veröffentlichung von Einzelheiten wäre daher geeignet, zu einer wesentlichen Verschlechterung der den deutschen Nachrichtendiensten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Informationsgewinnung zu führen. Dies kann für die wirksame Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Nachrichtendienste und damit für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachteilig sein. Die Informationen wurden daher als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Sie können der Anlage entnommen werden.*

* Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

